

Vorstandsbericht des VRB- Vorstandes für die MV am 23. November 2021

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

auch in diesem Jahr habe ich den Vorstandsbericht wieder schriftlich vorbereitet. Da seit unserer letzten Mitgliederversammlung nur gut acht Monate vergangen sind, fällt der Bericht, den ich chronologisch anlege naturgemäß etwas kürzer aus.

Dafür möchte am Ende aufzeigen, was noch liegen geblieben ist und welche Perspektiven, aber auch Probleme ich für die Zukunft sehe. Drüber können wir uns ja auch wieder bei TOP 9 weiter austauschen.

Ggf. werden andere Mitglieder des Vorstands den Bericht durch eigene Beiträge noch kurz ergänzen.

Ich beginne mit der MV 2021. Nach langer Corona- Pause haben wir uns entschieden, diese in einem Hybrid- Format durchzuführen. KuK, die nicht vor Ort sein wollten oder konnten, konnten über Zoom teilnehmen. Dabei hatten wir am Anfang einige technische Probleme, aber am Ende hat es doch, fand ich ganz gut geklappt.

Inhaltlich ging es einmal um eine Neuwahl. Wir konnten Pascal Genee für die Vorstandsarbeit gewinnen. Pascal ist staatliche Lehrkraft und Fachleiter Religion im ZFSL Paderborn.. Damit ist er für uns zum einen eine wichtige Verbindung zu den Seminaren und zum Bereich der Ausbildung der Referendarinnen und Referendare. Zum anderen bringt er als staatliche Lehrkraft noch eine andere Perspektive mit ein. Ein Schwerpunkt der inhaltlichen Gespräche war dazu passend, welche Aktivitäten der VRB in Richtung von jungen staatlichen Lehrkräften und Referendarinnen und Referendaren entfalten könnte. Erste Vorüberlegungen dazu gibt es. Geplant ist die Fachleiterinnen und Fachleiter in den Seminaren einmal zu einem Gespräch einzuladen und über mögliche Kooperationen mit ihnen ins Gespräch zu kommen.

An der Herbstsynode habe ich teilgenommen. Im Wesentlichen ging es um den Haushalt. Ein weiterer wichtiger Beschluss betraf die Klimaschutz- Strategie der Landeskirche Die EKvW will bis 2040 klimaneutral sein und dazu die erforderlichen Schritte gehen. Bemerkenswerter war die Tagungsform der Synode. Tatsächlich war die Synode als Hybrid- Veranstaltung mit einem guten und schlüssigen Hygiene- Konzept für die in Präsenz tagenden Mitglieder geplant. Am Vorabend wurde noch in einem Zoom- Meeting das digitale Abstimmungsprogramm eingeübt, durch das dann alle, ob in Präsenz oder online teilhaben hätten können. Doch am späten Vormittag des Tages, an dem nachmittags die Synode beginnen sollte, bekam ich einen Anruf aus Bielefeld, dass doch nur digital getagt würde, um eine Groß- Veranstaltung zu vermeiden. Eine Veranstaltung mit 100 Teilnehmenden, die alle ihren Impfstatus nachweisen mussten und sich zusätzlich vor der Synode noch im eigens dafür bestellten Testzentrum testen

lassen sollten! Für mich als Lehrkraft, die zu der Zeit täglich an der „Großveranstaltung Schule“ mit 1000 Lernenden teilnahm, wo längst nicht so ein gutes Schutzkonzept galt, war das eine Farce. Ich habe das am Ende der Synode auch kundgetan und durchaus einige Zustimmung bekommen. Demokratie lebt vom persönlichen Gespräch. Bei dem Schutzkonzept und der Möglichkeit der digitalen Teilnahme fand ich diese Entscheidung noch dazu in der Kürze der Zeit – einige waren schon auf dem Weg(!) - sehr problematisch.

Die Pandemie-Politik der Landesregierung war dann auch der Anlass für ein Zoom- Gespräch mit FDP- Abgeordneten Martina Hannen. Sie war im letzten Landtag für Ihre Fraktion zuständig für den Bereich der Berufskollegs. Anlass war die Aufhebung der Testpflicht für immunisierte Personen. Das bedeutete damals noch eine deutliche Erhöhung des Infektions- und Erkrankungs- Risikos. Dass die Abgeordnete sich die Zeit nahm und zumindest versprach meine Perspektive in die entsprechenden Gremien einzubringen, war eine interessante Erfahrung. Zumindest bis Ende April wurde dann ja tatsächlich noch an einer intensiveren Testpflicht festgehalten.

Im Juni 2021 fanden dann die Stapelager Gespräche statt. Das ist ein Format, bei dem Vertreter der Kirchen, der päd. Institute, der Bezirksbeauftragten und der Verbände VRB, VKR, VLW und VLBS zusammenkommen, um sich über die Situation des BRU auszutauschen. Hier wurden nach einer Vorstellungsrunde zunächst Einschätzungen von seitens der schulpolitisch erfahreneren Mitglieder des Kreises über die Perspektiven für den BRU mit der neuen Landesregierung geäußert. Beide Parteien scheinen dabei wohl aus Sicht der Beteiligten grundsätzlich für den BRU aufgeschlossen! (Wenn es auch innerhalb der Grünen auch andere Stimmen gibt.) Dann rückte die demographische Entwicklung in den Fokus und die damit verbundenen konzeptionellen Fragen zur Zukunft des Religionsunterrichts. Dabei wurde deutlich, dass die konfessionelle Bindung der Lehrenden eine wichtige Voraussetzung für die Zukunft der BRU sei. Schließlich wurde ein Blick auf die personelle Versorgung des BRU geworfen. Hierbei ist klar, dass die Unterrichtsversorgung in Zukunft deutlich schwieriger werden dürfte. Viele kirchliche Lehrkräfte werden in absehbarer Zeit in Ruhestand gehen. Sie werden schwer durch kirchliche und auch nicht durch staatliche Lehrkräfte zu ersetzen sein, auch wenn der Bedarf durch den Rückgang der christlichen Schülerinnen und Schüler ebenfalls rückläufig ist. Ich werde darauf gegen Ende meines Berichts noch einmal zurückkommen.

Kurz darauf tagte die westfälische Sommersynode, auf der Sandra Fedeler als „unsere“ Synodale teilnahm.

Ich trage dazu ihren Bericht vor:

Nach zweijähriger Erfahrungssammlung im digitalen Tagungsgeschäft versammelte sich die Landessynode zur Frühjahrstagung vom 12. – 15. Juni 2022 wieder in Bielefeld-Bethel im Assapheum. Eigene digitale Endgeräte waren mitzubringen, um mittlerweile Eingeübtes bei Abstimmungen und Einbringungen verlässlich beizubehalten, und Selbsttests wurden ausgehändigt, um ein Erkrankungsrisiko so gering wie möglich zu halten. Aufgrund des Tagungsortes war die Maske obligatorisch, durfte aber am Sitzplatz abgenommen werden.

Nach feierlichem Abendmahlsgottesdienst und Grußworten am Sonntagabend stand Montagmorgen zunächst der ausführliche Bericht der Präses der EKvW Annette Kurschus. Dabei warb sie für Betrachtungen, die nicht der üblichen binären Logik von ‚richtig‘ oder ‚falsch‘ folgten. Stattdessen bedürfe es einer Kommunikation des Lernens, die es auch zulasse, Meinungen zu ändern – ohne dass dies „gönnnerhaft als unentschiedenes Schwanken belächelt oder mit Häme als Schwäche aufgespießt“ werde. Kurschus bezog dieses Postulat sowohl auf die friedensethische Auseinandersetzung um den Krieg in der Ukraine als auch auf die sensible Diskussion um die Möglichkeit eines assistierten Suizids.

Hauptthema im weiteren Verlauf der Synode war die Debatte um die ‚Klimakonzeption 2040 der EKvW‘. Dabei geht es einerseits um eine breit aufgestellte Diskussion, die Klimagerechtigkeit, Emigration und Sicherheitspolitik mit unmittelbarem Schutz des Lebens um und in Deutschland umfasst, und um konkrete Maßnahmen zur Verringerung des Energieverbrauchs und der Treibhausgas-Emissionen, um die Einführung eines verbindlichen Energieverbrauchs-Monitorings, klimarelevante Gebäudeoptimierung, die Schaffung und Koordination von Beratungskompetenz für effektives Energiemanagement und weitere konkrete Umsetzungsoptionen. Darüber hinaus positionierte sich die Synode eindeutig zum Krieg in der Ukraine und verabschiedete die Forderung nach einem Paradigmenwechsel im Sinne einer humanen und gerechten Flüchtlings- und Integrationspolitik des Landes mit einer Gleichbehandlung von Geflüchteten aus allen Krisenregionen der Welt ein. Ebenfalls sprach sich die Synode für die vollumfängliche Umsetzung der Istanbul-Konvention in der föderalen Struktur aus und schob den Prozess an, Geschlechtliche Vielfalt theologisch, institutionsbezogen und zukunftsgerichtet zu reflektieren und integrieren. Neben anderen Beschlüssen zur Kirchenordnung, beispielsweise zur Flexibilisierung der Arbeitsweise in kirchlichen Gremien, brachte die Synode ein Kirchengesetz zur Beteiligung junger Menschen in kirchlichen Leitungsgremien auf den Weg.

Die Herbsttagung wird mit hoher Wahrscheinlichkeit vom 18. – 19. November 2022 wieder digital stattfinden, was nicht nur der erhöhten Infektionsgefahr geschuldet ist, sondern vielmehr eine klimafreundlichere Gestaltung ermöglicht.

Am Ende der Sommerferien haben sich Sandra Fedeler und ich dann mit Rainer Pauschert von der Rheinischen Landeskirche verabredet. In einem Zoom-Meeting haben wir uns über die Situation des BRU in NRW ausgetauscht. Einmal mehr war die zunehmend schwierige Personalsituation im Bereich BBRU ein Thema. Ein Aspekt dabei war die restriktive Bewilligungspraxis bei der Wiederbesetzung von BK-Pfarrstellen seitens der Bezirksregierungen. Rainer Pauschert zeigte auf, mit welchem Verfahren man in der rheinischen Landeskirche recht gute Erfahrungen gemacht hatte: Wesentlich ist dabei ein sehr frühzeitiges Aktiv- Werden in Zusammenarbeit mit der Schule. Ein anderes Thema war die Zusammenarbeit des VRB mit der rheinischen Landeskirche. Hier wird es darauf ankommen, enger noch mit den Bezirksbeauftragten zusammen zu arbeiten. Strukturen der Präsenz, die es in Westfalen gibt (z.B. auf der Synode) sind aufgrund der anderen Traditionen im Rheinland sicher nicht vorstellbar.

Ebenfalls am Ende der Sommerferien fand in Villigst die AHR- Kollegial- Tagung statt. Ich konnte aufgrund von anderen dienstlichen Verpflichtungen diesmal nicht teilnehmen. Es macht bei mir auch immer weniger Sinn, da ich inzwischen aus dem Bereich AHR raus bin und zudem seit 11 Jahren nicht mehr in einem zentral- Abi- Bildungsgang unterrichte. Aber Uli Schade Potthoff aus unserem Vorstand war wieder dabei und hat wie immer zu Beginn die Erfahrungsrunde mit dem Zentral- Abi moderiert. Der VRB gibt dies Rückmeldungen dann immer weiter an ein Mitglied der Kommission, aber bisher wohl mit wenig Erfolg. Hier soll nach weiteren Wegen gesucht werden!

Schlusspunkt dieser Chronologie ist der BRU- Tag morgen. Der liegt zwar noch unmittelbar vor uns, aber zumindest die Vorbereitungen sind abgeschlossen. Der Part des Verbandes besteht diesmal im Wesentlichen darin, die Sicht der Lehrkräfte in einer Podiums- Diskussion einzubringen und einen Workshop anzubieten. Da es den Fortbildungsausschuss als Gremium der PI- Fortbildungen, in dem der VRB immer auch präsent war, in der Form nicht mehr gibt, ist das diesmal unser Beitrag. Sicherlich werden wir auch in Zukunft gerne die Fortbildungsarbeit auch im PI weiter unterstützen.

Und damit komme ich dann zu den Perspektiven für die Zukunft.

Unser Anliegen ist es, für die Anliegen des Fachs Religion am Berufskolleg in Kirche und Politik einzutreten und die Unterrichtenden zu unterstützen.

Dazu gehört, dass wir, wie schon angesprochen, uns bemühen werden, in Kooperation mit den Fachleitungen der Seminare gezielt Referendarinnen und Referendare anzusprechen, um sie zu unterstützen, nicht zuletzt durch das BRU- Magazin. Ebenso wollen wir mit den

Bezirksbeauftragten dabei zusammenarbeiten, durch Netzwerkarbeitet Lehrkräfte in ihrer Arbeit zu unterstützen.

Ein Baustein dieser Unterstützung soll auch in Zukunft darin bestehen, dass wir in Fortbildungsarbeit in den Landeskirchen kooperieren. Unter Umständen werden wir in Kooperation mit verschiedenen Playern ja in Zukunft auch mal wieder eigene Formate auf den Weg bringen. Vor allem aber ist es uns auch ein Anliegen, die BRU- Tage in beiden Landeskirchen zu mit zu gestalten.

Ein besonderes Augenmerk wollen wir in Zukunft auch auf die dritte Landeskirche in NRW richten. Gerade in Lippe wird es wichtig sein, die Bedeutung des BRU immer wieder deutlich zu machen. Denn dort ist oft aufgrund der Größe noch weniger Spielraum.

Schließlich ist es unser Anliegen uns einzusetzen für den Erhalt des BRU. Denn für das Fach droht auf der einen Seite ein großer Lehrkräftemangel. Viele Pfarrerinnen und Pfarrer werden in den nächsten Jahren in den Ruhestand gehen. Es wird aufgrund der Personalsituation der Kirchen nur wenige neue Lehrkräfte gebe.

Und die benötigte Zahl staatlicher Lehrkräfte, um diese Lücke zu füllen, steht bis jetzt auch nicht zur Verfügung. Hier muss nach Lösungen gesucht werden und wir wollen unseren Teil dazu beitragen.

Außerdem gerät der BRU, wie der RU insgesamt immer mehr unter Druck. Die Landeschüler*innenvertretung fordert z.B. die Abschaffung des RU. Auch hier wird es darauf ankommen, in Politik, Kirche und Öffentlichkeit immer wieder für das Fach und seine große Bedeutung für die Menschen einzutreten.

Es gibt also viel zu tun. Gerne möchte ich darüber mit Euch und Ihnen gleich unter TOP 9 noch darüber ins Gespräch kommen.

Bis hierher danke ich aber erstmal für die Aufmerksamkeit..